Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,60 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich:
Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 25. **Bielefeld, Donnerstag, 30. Januar 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 29. Januar 1896, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Zur Beratung steht zunächst der Antrag Rickert und Gen. auf bessere Wahrung des Wahlgeheimnisses durch Abänderung des Wahlgesetzes.

Abg. Rickert verzichtet auf eine ausführliche Begründung des Antrags, der nun schon seit sechs Jahren das Haus beschäftige. Er weist auf Baden hin, wo einzelne Forderungen des Antrags bei den badischen Landtagswahlen schon eingeführt seien. Er hoffe, daß der Antrag mit großer Majorität angenommen werden wird.

Abg. Bassermann (natl.) spricht im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrage aus. Die Erfahrungen in der Wahlprüfungskommission drängten auf bessere Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses hin.

Abg. Dr. Schädler (Ztr.) ist ebenfalls für den Antrag, und hofft, daß die verbündeten Regierungen das gute Beispiel Badens bald nachahmen und dem Antrag Folge geben werden. Die Stimmen wollen nicht zur Ruhe kommen, die an unserm Reichswahlrecht rütteln wollen. Wir haben unser gleiches und geheimes Wahlrecht, halten es und lassen es uns nicht nehmen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Wenn der Vorredner sagte, es solle von keiner Seite am Reichswahlrecht gerüttelt werden, so sollte er auch nicht für den Antrag stimmen. Er sei auch für Sicherung der Wahlfreiheit, bezweifle aber, ob der Antrag Rickert geeignet sei, diese Wahlfreiheit zu garantieren. Es würde bei dem Rickertschen Verfahren viel leichter sein als jetzt, dummen Leuten einen falschen Zettel unterzuschieben. Wolle man die moralische Seite der Wahl heben, dann ändere man die Art der Stimmenabgabe. (Aha! links.)

Abg. Blos (Soz.): Wir stellen keine Sonderanträge, weil wir das Ganze nicht gefährden wollen, wenn wir auch an dem Antrage einiges auszusetzen hätten. Nur auf eine kleine redaktionelle Aenderung möchte ich aufmerksam machen, die die Antragsteller eventuell vornehmen könnten. Es steht im § 10 des Antrages, daß die Stimmzettel von weißem Papier sein sollten, und im § 11, wo aufgezählt ist, welche Stimmzettel ungiltig sein sollen, fehlt die Bestimmung, daß auch diejenigen ungiltig sein sollen, die nicht von weißem Papier sind. Das müßte redaktionell geändert werden. Wir teilen den Optimismus mus, den diese und jene Seite über die Stellung der Regierungen zu dem Antrage hegt, nicht so ohne Weiteres. Wenn es einerseits wahr ist, daß die badische Regierung sich zu Wahlreformvorschlägen etwas geneigter gezeigt hat als andere, so dürfen wir andererseits auch nicht vergessen, daß die sächsische Regierung mit Wahlreformvorschlägen hervorgetreten ist, die uns ahnen läßt, wie man auf dieser Seite etwa bereit ist, Nachgiebigkeit zu zeigen gegenüber derartigen Vorschlägen. Die sächsische Regierung ist ja nicht einmal mit dem in Sachsen bestehenden Zensuswahlrecht zufrieden und versucht unter der Motivirung, die Sozialdemokratie aus ihrem Landtag auszuschließen, das preußische Dreiklassenwahlsystem in Sachsen einzuführen. Daraus darf man wohl annehmen, daß auf großes Entgegenkommen gegen den Antrag Rickert nicht zu rechnen sein wird. Immerhin wünschen wir die Verwirklichung dieser Vorschläge, die in der That notwendig sind, nicht nur um den Terrorismus bei den Wahlen zu beseitigen und das Wahlgeheimnis zu schützen, sondern auch, damit sich das Haus überhaupt für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Von einer sozialdemokratischen Ueberwachung der Wahlen, von der Abg. Bassermann sprach, ist mir nichts bekannt. Wie sollten wir es mit unsern rein moralischen Machtmitteln anfangen, ein solche Ueberwachung einzuführen? Herr v. Stumm hat heute eine außerordentliche Sanftmut an den Tag gelegt. In dieser Gestalt und Pose habe ich ihn bis jetzt nicht kennen gelernt Die formellen Einwände, die er vorbrachte, sind recht untergeordneter Natur. Vor nicht gar langer Zeit hat Herr von Stumm ganz andere Anschauungen über die Abänderung des Wahlrechts hier vorgetragen. Bei der Beratung des Umsturzgesetzes hat er die Falten seiner Seele aufgethan und uns gezeigt, wie er sich das Wahlrecht eigentlich wünscht.

Er meinte, es solle dahin abgeändert werden, daß jeder, der sich als Sozialdemokrat bekenne, kein Stimmrecht mehr haben solle. Das wäre in der That die einschneidenste Kürzung des allgemeinen Wahlrechts. Wie sollten wir solche Aeußerungen vergessen, und wie kann Herr von Stumm glauben, daß man ihn als harmlose Erscheinung gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht auffaßt? Es giebt eine Menge von Leuten, die die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts um jeden Preis wünschen. Es giebt draußen im Lande eine Richtung, die auf der einen Seite nur die sogenannte Umsturzpartei vom allgemeinen Wahlrecht ausschließen will und die andererseits das allgemeine Wahlrecht, wenn es nicht auf gesetzlichem Wege geht, auf ungesetzlichem, gewaltsamem Wege beseitigen möchte. (Sehr richtig, links.) Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, wenn sich die Mehrheit dieses Hauses für diese Anträge erklärt, und sich damit indirekt für die Beibehaltung des allgemeinen Wahlrechts ausspricht. Man hatte uns das letzte Mal zum Vorwurf gemacht, daß wir eigentlich nur eine Demonstration beabsichtigen, das liegt uns vollständig fern, denn es ist uns verdammt ernst mit dieser Angelegenheit. Sie ist für uns noch viel wichtiger als für die andern Parteien. Wenn die Mehrheit des Hauses sich wieder für diese Anträge ausspricht, so stimmen wir dem freudig zu und fassen es auch als beste Antwort gegen jenes Demagogentum, das draußen im Lande den gewaltsamen Umsturz des Wahlrechtes fordert auf. (Bravo bei den Sozialdem.)

Abg. Dr. Förster (Antis.) hält es für notwendig, daß das geltende Wahlrecht durch den Antrag vervollständigt werden muß, und wird deshalb für den Antrag stimmen. Es wäre ihm lieb gewesen, wenn bei dieser Gelegenheit noch die Erweiterung des passiven Wahlrechts durch Gewährung von Diäten erweitert worden wäre. Da noch einige redaktionelle Aenderungen in dem Antrage anzubringen seien, so sei er ebenfalls für Ueberweisung des Antrags an die Wahlprüfungskommission.

Abg. Beck (freis. Vp.) wendet sich gegen die Kommissionsberatung und bittet den Antrag gleich in erster und zweiter Lesung hier anzunehmen.

Abg. Dr. v. Wolszlegier (Pole) wünscht, daß auch dem polnischen Volke die freie Ausübung des Wahlrechts gewährleistet werde und ist für den Antrag. Die deutschen Unternehmer mißbrauchten bei der Wahl ihre Autorität gegen seine polnischen Volksgenossen.

Abg. Gröber (Z.) hält eine Kommissionsberatung für überflüssig. Dem Abg. Blos wolle er sagen, es sei schwer festzustellen, was weiß sei und was nicht. Vom Plenum seien einmal Stimmzettel für weiß erklärt worden, die von der Wahlprüfungskommission als blaugrau bezeichnet worden waren. Zur allgemeinen Wahl gehört eine geheime Wahl, ohne sie ist eine allgemeine Wahl undurchführbar, das wolle er Herrn von Stumm erwidern. Das allgemeine Wahlrecht habe auch sehr gute Seiten, es rüttelt die politisch Faulen auf, es schärft die politische Erkenntnis. In dem politischen Wettstreit der verschiedenen Parteien liegt die Garantie für den kulturellen Fortschritt. Gegenüber den Bestrebungen der sächsischen Regierung, das Dreiklassenwahlsystem einzuführen, wolle er den bekannten Ausspruch des Fürsten Bismarck zitieren, der das Dreiklassenwahlsystem das elendeste Wahlsystem genannt hat. Ist dem Herrn v. Stumm wirklich um die Wahlfreiheit zu thun, so stimme er doch für den Antrag. Bei einem einstimmigen Votum des Reichstags wird der Bundesrat vielleicht weniger schwerhörig werden. Schließlich will ich noch bemerken, daß man auch in Württemberg schon eine Erweiterung der Sicherung des Wahlgeheimnisses vorgenommen hat.

Abg. Bindewald (Ant.) glaubt, daß 4/5 des deutschen Volkes für den Antrag Rickert seien. Die vorgeschlagenen Maßregeln seien notwendig, um amtliche Wahlbeeinflussungen zu verhindern, wie sie besonders arg im Wahlkreise des Herrn von Kardorff (Alt-Wartenberg) bei der letzten Wahl vorgekommen seien. Nicht weniger als 39 Gemeindevorsteher hätten amtlich für Herrn von Kardorff agitiert. Im Wahlkreise Meseritz-Bomst hätten Gemeindevorsteher den Antisemiten die Versammlungssäle abgetrieben. Ebenso schlimm sei die Beeinflussung der ländlichen Wähler durch die Großgrundbesitzer. Künstlich gefaltete Stimmzettel hätten bei der Kardorffschen Wahl eine große Rolle gespielt. Der Abg. von Stumm habe heute den geheimen Gedanken der ganzen Rechten, die Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts, ausgesprochen. (Widerspruch und Gelächter rechts.)

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

54 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Von allen Anwesenden war nur Nikolaus ein eigentlicher politischer Verbrecher. Er war ein fanatischer Nihilist und hatte als Setzer in einer geheimen Druckerei gearbeit. Seine Untersuchungszeit währte mehr als vier Jahre, so daß er schließlich geistesschwach geworden war. Man brachte ihn nach Surgut, wo er mit dem Ertrag von Botendiensten seine geringen Bedürfnisse befriedigte. Mit einem wirklichen Verbrechen hatte auch er nie in Verbindung gestanden.

„Ihnen die unsäglichen Leiden zu schildern, die wir ertragen", schloß Lobonofski die allgemeinen Berichte, „darauf verzichten wir, denn Sie kennen dieselben aus eigener Erfahrung. Auch in seinen Wirkungen auf das Individuum haben Sie das Verbannungsverfahren betrachtet, noch nicht aber in seinen Wirkungen auf die Sache. Dieses System soll ein Mittel sein, den Nihilismus auszurotten und die Regierung des Zaren zu schützen: ich versichere Ihnen, lieber Volkhofski, das Gegenteil ist der Fall. Die meisten von uns waren bis zu ihrer Verhaftung friedliebende, ruhige Menschen, die nie an eine politische Verschwörung dachten und von denen ein Teil höchstens andere Ideen von Recht hatte, als die Regierung oder in Familienbeziehungen zu Verbannten oder Verdächtigen stand — hier werden sie erst zu Feinden des Staates, zu sogenannten Nihilisten, herangebildet. Diese blinde, kurzsichtige Politik bringt also gerade hervor, was sie verhindern will, sie säet Drachenzähne aus, aus welchen die Ungeheuer hervorgehen, welche sie schließlich verschlingen."

„Und diese Einsicht", fuhr Dr. Orzhesko fort, „ist, glauben Sie mir, in die weitesten Kreise gedrungen. Jeder gebildete, jeder gerecht denkende Mensch muß ja einen solchen Zustand verabscheuen. Die erste, die vornehmste Bedingung eines geordneten Staatswesens ist die Achtung der persönlichen Freiheit, wo diese von der bestehenden Gewalt mißachtet wird, wo ihr Verlust nicht mehr lediglich durch notwendige Gesetze bedingt wird, da ist der Verfall, ist Anarchie eingetreten. Sagen Sie selbst, würden sich Regierung und Volk in Rußland nicht beide dabei besser befinden, wenn man bezüglich der politischen Behandlung der Russen vernünftigen Erwägungen Raum geben wollte? Was für ein Leben der Todesfurcht, der Selbstpeinigung muß ein Regent führen, der es zu seiner Sicherheit für notwendig erachtet, Kinder und junge kaum der Schule entwachsene Mädchen in die Verbannung zu schicken? Und was für ein Leben das Volk, das so grausam erniedrigt wird?"

„Jeder Fortschritt", schloß Dr. Orzhesko, „wird unmöglich, jede Sicherheit gefährdet! Der Regent zittert und das Volk zittert auch, das ist der gräßliche Effekt dieser Zustände!"

Der alte Doktor stampfte ingrimmig mit seiner langen Pfeife auf den Tisch.

„Sie haben recht in jeder Hinsicht", erwiderte Volkhofski. „Nur bin ich erstaunt, diese Wahrheiten aus dem Munde eines russischen Beamten zu hören."

„Sie dürften allerdings", sagte der Hauptmann, „von dem russischen Beamtentum nicht die schmeichelhafteste Meinung gewonnen haben. Im Allgemeinen mögen Sie Recht haben. Es giebt wohl höchstens noch in der Türkei und den südamerikanischen Pseudorepubliken ein bestechlicheres, verlottertes, unfähigeres Beamtenkorps als bei uns. Doch dürfen Sie nicht alle in einen Topf werfen. Gerade hier in Sibirien werden Sie eine große Anzahl Beamte und Offiziere finden, die in der Würdigung der bestehenden Zustände Ihrer Kritik nichts nachgeben, Leute, mit strengem Gerechtigkeitsgefühl und freien Anschauungen. Diese Leute wissen wohl, Herr Volkhofski, daß die Ausübung des Verbannungssystems, wie sie seit zehn Jahren betrieben wird, ein Unding ist; sie wissen, daß man die Gefangenen grausam behandelt, daß die Gefängnisse und Krankenhäuser wahre Pesthöhlen sind — was hilft ihnen all' diese Einsicht? Es steht nicht in ihrer Macht, etwas zur Verbesserung all' der Schäden zu thun, ihre Petitionen an das Ministerium um Abstellung werden ablehnend oder gar nicht beantwortet, oft ziehen sie sich durch ihre Philanthropie noch Verweise und Ungnade zu. Wird aber einmal Geld zur Herstellung irgend eines Gefängnisses angewiesen — so — — so sollen Sie einmal sehen, was dafür geleistet wird," schloß Saltstein mit leiserer Stimme seine Rede. „Der Teufel holt das Geld und Alles bleibt beim Alten!"

Nach der Politik kam die Litteratur, dann die Kunst an die Reihe. Alle Mitglieder des kleinen Zirkels zeigten sich trefflich informiert, denn wenn die Verbannten auch nicht wagen konnten, eine Zeitung zu halten, so bildeten doch der Arzt und der Hauptmann zwei lebendige Zeitungen für sie, die sie nicht nur über alle Vorkommnisse im Weltkonzert auf dem Laufenden erhielten, sondern auch gern, soweit sie vermochten, den Verkehr zwischen ihnen und ihren Angehörigen vermittelten. Durch sie konnte Felix hoffen, mit Sophia in Verbindung zu treten, und beide Herren erklärten sich auf sein Ansuchen auch sofort bereit, einen Brief von ihm nach Tobolsk gelangen zu lassen.

So unterhielt man sich bis gegen zehn Uhr auf das Vorzüglichste. Herr Lobonofski zeigte seine Bilder und Bücher, Frau Lobonofski spielte und sang einige ernste Lieder, der Hauptmann raisonnierte, der Gefängnisarzt erzählte mit Dr. Baillie um die Wette einige Schnurren. Nikolaus lächelte und nickte — kurz, der Abend verlief im Wechsel von Scherz und Ernst bei den billigen Genüssen des dampfenden Samowars für Felix, der alle Geselligkeit und Aussprache so lange hatte entbehren müssen, gerade entzückend.

„Ein prächtiger Mann, dieser Lobonofski", äußerte Dr. Baillie, als er mit Felix auf dem Heimwege begriffen war.

„Lauter prächtige Menschen", sagte Volkhofski. „Nie hätte ich gehofft, unter den russischen Beamten Leute von so hervorragender Bildung u. derart ausgeprägtem Rechtsgefühl anzutreffen."

„Ja, ja, der Doktor und der Hauptmann nehmen kein Blatt vor den Mund. Sie wissen, daß sie in diesem Kreise keine Verräter zu fürchten haben. Jeder von uns würde sich eher totschießen lassen, als den mutigen Männern Verdruß bereiten."

„Eine edle Dame, die Gattin Lobonofskis. Sie scheint vornehmer Herkunft zu sein?"

„Sie ist die Tochter eines finnischen Edelmannes. Saltstein ist übrigens auch ein Finne, wie dir der Name schon gesagt haben wird."

„Ist Frau Lobonofski nicht recht unglücklich?"

„Ja. Sie ist sehr schwermütig, weil sie fürchtet, ihrem Gatten eine Last zu sein."

„Gewiß irrt sie sich dabei, er scheint sie sehr zu lieben."

(Fortsetzung folgt.)

Den Beweis für diese Absicht haben Ihre Gesinnungsgenossen in der sächsischen Kammer erbracht. (Unruhe rechts.) Ihre Partei geht damit um, am allgemeinen Wahlrecht zu rütteln. (Lärm rechts.) Diesen Versuchen gegenüber haben wir allen Grund, dem Rickertschen Antrag zuzustimmen und zwar ohne Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Schönlank (Sztd.): Die allgemeine Lage ist allerdings darnach angethan, daß der hier vorliegende Antrag ohne Kommissionsberatung und mit großer Mehrheit angenommen wird. In Sachsen planen die Konservativen und Nationalliberalen, unterstützt von der sächsischen Regierung, ein ganz unerhörtes Attentat auf das bestehende Landtagswahlrecht. Das preußische Dreiklassenwahlrecht soll an seine Stelle treten, das Fürst Bismarck das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, und von dem die sächsische Regierung 1866 gesagt hat, daß es durchaus nicht richtig sei, es in Sachsen einzuführen. Es ist dasselbe Dreiklassenwahlrecht, das die sächsischen Nationalliberalen im Jahre 1866 auf das Entschiedenste bekämpft haben. Seiner Zeit haben die Liberalen gefordert, daß für den sächsischen Landtag das Reichstagswahlrecht, wie es für den norddeutschen Bund galt, eingeführt werde. Selbst der konservative Herr von Könneritz bezeichnete damals das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht für eine Notwendigkeit. Heut ist die Stimmung umgeschlagen. Heut erklärt Minister von Metzsch, daß er bereit sei, die Ansprüche der Herren Schill und Mehnert zu erfüllen und das Dreiklassenwahlrecht da einzuführen, wo bisher ein erträgliches Wahlrecht geherrscht hat. Es ist derselbe Herr Mehnert, den Sie früher im Reichstag bewundert haben, es ist der Schwiegersohn desselben Mannes, der als Vizepräsident, umgürtet mit der berühmten weißen Weste — Herr Ackermann — hier im Reichstage präsidiert hat. Die Herren Ackermann, Mehnert und Schill proklamieren dadurch, daß sie den heutigen Zustand in Sachsen beseitigen wollen, nichts mehr und nichts weniger, als daß sie vor der Sozialdemokratie, vor der kleinen Minorität von 14 Abgeordneten, ihre Ruhe haben wollen. Daß die sächsische Regierung ihre Grundsätze von 1866 verleugnet, zeigt, daß böse Beispiele gute Sitten verderben. Der frühere Polizeiminister von Nostitz-Wallwitz hat das heute bestehende Wahlgesetz mit schaffen und vertreten helfen. Heute kommt sein Nachfolger Herr von Metzsch und macht sein Kompliment vor den Leuten, die die Politik des Herrn von Stumm verfolgen, denn bei den sächsischen Ordnungsparteien hat Herr von Stumm sehr gelehrige und dankbare Schüler gefunden. Die Schleifsteinpolitik des Herrn von Stumm wird sehr geschätzt von den sächsischen Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Ein besonders eifriger Schüler, der Stadtrat Ludwig Wolf, hat sogar direkt die lex Stumm gefordert. Das war sogar den Herren Schill und Mehnert zu arg und sie verlassen sich darauf, daß die sächsische Regierung, die mit Hilfe des famosen Vereinsgesetzes, dieses Juwels, wie Graf Hohenthal es genannt hat, schon so außerordentliche Erfolge in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erzielt hat — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident von Buol: Ich bitte den Redner, jetzt wieder von Sachsen auf den vorliegenden Entwurf zu kommen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schönlank (fortfahrend): daß die sächsische Regierung die Pläne durchführen wird, die sie füc ihre Zwecke für nötig erachtet. Immer kecker treten Staatsstreichgelüste hervor, schon sieht man sich nach Generalen dafür um, da hat der Reichstag die Aufgabe mit aller Ernergie für das allgemeine Wahlrecht einzutreten und Gelüsten zu begegnen, die, wie in Sachsen, die große Masse der Arbeiter politisch vogelfrei erklären wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenthal: Der Herr Präsident hat dem Herrn Vorredner bereits bemerkt, daß die Angelegenheit der Aenderung des sächsischen Wahlrechtes, von der ich übrigens nichts weiß (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten), nicht zur Sache gehört. (Widerspruch links.) Wenn aber eine solche Aenderung in Frage kommen sollte, so kann ich ihm nur sagen: Seine Partei ist allein daran schuld und Niemand anders! (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wer hat das sächsische Wahlrecht in der sächsischen Kammer zuerst angegriffen? Die Partei des Herrn Vorredners — und weiter habe ich nichts zu sagen. (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten. Bravo rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stirum: Der Antrag Barth ist unpraktisch und zwecklos Ich bestreite, daß die Großgrundbesitzer ihre Leute unberechtigt beeinflussen. Muß denn immer der Arbeiter gegen seinen Arbeitgeber stimmen? (Lachen links.) Die ländlichen Arbeiter folgen freiwillig dem Beispiel der Gutsherren, das ist ein Zeichen von Vernunft (Lachen links), vernünftiger, als wenn sie jedem hergelaufenen Menschen folgen würden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schönlank (Sozialdem.): In der sächsischen Kammer hat der Minister des Innern, Herr v. Metzsch, erklärt, daß er bereit sei, auf den näher formulierten Antrag der Konservativen und Nationalliberalen auf Abänderung des Wahlrechts einzugehen. Wenn Graf Hohenthal erklärt, er wisse nichts davon, so beweist das nur, daß er, der sächsische Bundesbevollmächtigte in Berlin, nicht weiß, was in Dresden vorgeht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Als Ideal habe ich das bestehende sächsische Wahlrecht nicht bezeichnet.

Sächsischer Gesandter Graf Hohenthal: Ich bleibe dabei bestehen: Der Abg. Schönlank habe das jetzige Wahlrecht im Gegensatz zu seinen Parteigenossen in der sächsischen Kammer als ein solches bezeichnet, mit dem man auskommen könnte. Die sozialdemokratische Kammerfraktion hat aber, trotzdem sie die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens voraussah, den Antrag auf Abänderung des Wahlrechts gestellt. Darauf ist in jener denkwürdigen Sitzung der sächsischen Kammer der Gegenantrag angekündigt worden. Ob dieser Antrag weitere Folgen haben wird, weiß ich nicht. Dabei bleibe ich stehen. Ob es Herr Schönlank glaubt oder nicht, ist mir einerlei. (Beifall rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bindewald (Antis.) bleibt dabei, daß in Meseritz-Bomst von den Großgrundbesitzern Agitation und Wahlbeeinflussungen geübt worden. Die antisemitischen Agitatoren seien nicht hergelaufene Menschen gewesen; manche von ihnen könnten auf einen längeren Stammbaum zurückblicken, als Graf Limburg-Stirum. (Lachen rechts.) Sie seien stolz darauf, daß ihre Vorfahren Männer der Arbeit gewesen seien und nicht Strauchritter! (Stürmisches Gelächter rechts.)

Abg. Lieber (Ztr.): Daß die Konservativen sich dem Antrag widersetzen, ist nicht wunderbar. Sie haben ja auch im preußischen Abgeordnetenhause, als wir bei Gelegenheit der Steuerreform die größten Härten und Ungleichheiten aus dem Dreiklassenwahlsystem entfernen wollten, unserem Antrage widersprochen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum: Das Dreiklassenwahlsystem in Preußen nnd das allgemeine Wahlrecht im Reich ergänzen sich gegenseitig. Zu einer Revision des Reichstagswahlrechts sind wir auch bereit, aber nicht zu einer so einseitigen, wie sie hier vorgeschlagen wird. (Hört, hört! links.)

Abg. Fuchs (Ztr.) stellt fest, daß aus den Reden des Abg. Graf Limburg-Stirum die Absicht hervorleuchte, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen. Dagegen müsse man sich so energisch wie nur möglich wenden in einer Zeit, wo offen vom Staatsstreich gesprochen werde. Die Konservativen müßten hierin offen Farbe bekennen, damit das Volk, wenn die Wahlen herannahten, wisse, was es von ihnen zu erwarten habe. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Eine solche Absicht dürfe ihm nicht untergeschoben werden. Er habe nur gesagt, daß die beiden Wahlrechte im Reiche und in Preußen einen Ausgleich darstellten. Man sei nicht berechtigt, daraus zu deduzieren, daß er Feindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht hege. Er bitte, ihm zu sagen, bei welcher Gelegenheit einer seiner politischen Freunde den Staatsstreich empfohlen habe.

Abg. Dr. Lieber (Ztr.) macht noch einmal darauf aufmerksam, daß es eine ganz willkürliche Auffassung des Grafen Limburg-Stirum sei, daß das Reichswahlrecht und das preußische Dreiklassensystem weder begrifflich noch geschichtlich in Zusammenhang stehen. Das Reichswahlrecht verbürgte die beste Ausgestaltung des Reichsgedankens, und man nahm nach Gründung des Reichs an, daß die Tage des indirekten Wahlsystems in den Einzelstaaten gezählt sein würden. (Bebel ruft: Jawohl, sogar bei den Nationalliberalen.) Von einem Ausgleich der beiden Systeme könne gar keine Rede sein. Das preußische System ist von den Konservativen verschlechtert worden, weil sie die Konsequenzen nicht gezogen haben. Wir wollen in Preußen nach dieser Richtung reformieren und im Reichstage das Reichswahlrecht zur Wahrheit machen durch diesen Antrag.

Abg. Fuchs (Ztr.): Graf Limburg hat bestritten, daß von einer ihm nahestehenden Seite Staatsstreichgedanken laut geworden sind. Nun frage ich, steht Ihnen Graf Mirbach nahe oder nicht? Graf Mirbach hat im preußischen Herrenhause gesagt: Hoffentlich entschließen sich die deutschen Fürsten zu einer Aenderung des Reichswahlrechts und zwar unverzüglich. Alexander der Große stand auch vor einer sehr schwierigen Aufgabe und löste diese Aufgabe sehr schnell. Alexander der Große hat bekanntlich den gordischen Knoten mit dem Schwerte zerhauen, und, meine Herren, das nennen wir einen Staatsstreich (Beifall im Zentrum und links).

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach dem Schlußwort des Abg. Dr. Barth und nachdem Abg. Dr. Förster (Antis.) seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen hat, wird in die zweite Lesung des Antrags eingetreten.

Vom Abg. von Strombeck (Ztr.) wird dazu beantragt, dem Gesetzentwurf noch folgenden Passus einzufügen: Beweiserhebungen, welche der Reichstag behufs Prüfung der Wahlen beschlossen hat, sind von den zuständigen Behörden als Eilsachen zu erledigen.

Der Antrag Rickert wird incl. des Antrags v. Strombeck gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. (Abg. von Levetzow stimmt dafür.)

Es folgt die erste Beratung des Antrags Auer u. Gen. (Soziald.) betr. Recht der Versammlung, Vereinigung und Koalition in Verbindung mit dem Antrag Ancker u. Gen. (Freis. Volksp.) betr. das Vereins- und Versammlungswesen.

Der sozialdemokratische Antrag hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

§ 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

Der Antrag der Freisinnigen Volkspartei lautet wie folgt: Einziger Paragraph: Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen Räumen sowie auf Privatgrundstücken, auch unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Die Bestimmung der Reichsseuchengesetze, der Reichsmilitärgesetze, desgleichen die Bestimmungen der Landesgesetze über die Ueberwachung von Zusammenkünften bleiben unberührt.

Abg. Auer begründet in längerer Rede den Antrag, worauf die Debatte vertagt wird.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatberatung.

Schluß 5¼ Uhr.

(Wir werden die Rede Auers morgen ausführlich nachtragen).

Deutsches Reich.

Berlin, 29. Januar. Wie ein Sauerteig hat die Rede des preußischen Landwirtschaftsministers von Hammerstein zum Antrag Kanitz auf die Konservativen gewirkt. Es ist alles in Gährung geraten. Die scharfe Absage an die „sogenannten Konservativen" hat alle die Junker, welche Hofgunst und Hofluft nicht entbehren können, stutzig gemacht. Während ein antisemitisches Blatt erzählt, Minister von Hammerstein habe sich in seiner neulichen Unterredung mit dem Abg. v. Manteuffel wegen seiner Angriffe gegen die Konservativen in seiner Rede gegen den Antrag Kanitz damit entschuldigt, daß er durch Zwischenrufe gereizt worden sei, schreibt die „Schles. Zeitung", deren Beziehungen zu dem Grafen Limburg-Stirum bekannt sind: „Daß der Minister über die maßlosen Angriffe in der spezifisch agrarischen Presse, namentlich in der „Dtsch. Tageszeitung" und der „Korr. des Bundes der Landwirte", sehr aufgebracht war, ist nicht zu verwundern. Indessen ist Herr von Hammerstein davon vollkommen überzeugt, daß auch alle maßgebenden Konservativen journalistische Taktlosigkeiten auf das Schärfste mißbilligen und daß sie ihren ganzen Einfluß aufbieten werden, um die erwähnten Organe zu einem Verhalten zu veranlassen, das den Gesinnungen der deutschen Landleute besser als das in Rede stehende entspricht." Danach hätte Freiherr von Manteuffel die Herren von Plötz und Genossen dem Minister gegenüber desavouiert und das Wort von den „sogenannten Konservativen", die die schwierige Lage der Regierung noch mehr erschweren, nachträglich gutgeheißen, während er noch im Reichstage namens der ganzen Partei feierlichst dagegen protestierte. Minister von Hammerstein wird jetzt wohl abwarten, was die „maßgebenden" Konservativen bei den Herren von Plötz und Genossen ausrichten werden.

Die bündlerische „Deutsche Tagesztg." bemerkt bissig: „Es ist ja möglich, daß in der konservativen Partei einige Herren sind, denen an dem Wohlwollen der Minister mehr gelegen ist, als an dem Vertrauen im Volke; aber diese Herren sind durchaus vereinzelt und sind auch klug genug, daß sie erkennen, wie ungeeignet gerade der jetzige Zeitpunkt sein würde, nach der gouvernementalen Seite hin abzuschwenken."

Da thatsächlich die konservative Partei in ihrer Mehrheit zu den Plötz und Genossen hält, dürften die Höflinge in derselben einen schweren Stand haben.

— Wieder einmal ein antisemitisches Organ weniger! Der Abgeordnete der deutschsozialen Reformpartei Dr. Paul Förster erläßt folgende Erklärung: „Die Zeitung „Frei-Deutschland" ist aus dem Verlage einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, die aus Parteigenossen bestand, in die Hand eines einzelnen Besitzers übergegangen, der nicht verpflichtet ist, sie im Sinne unserer Grundsätze und Forderungen fortzuführen; die Zeitung darf sich also nicht mehr mit Fug und Recht als unser „Parteiblatt" ausgeben. Aus diesem Grunde habe ich auch untersagt, daß mein Name als der des „Begründers" der Zeitung fernerhin am Kopfe der Zeitung geführt werde; und wenn er dort weiter stehen sollte, so geschieht das durch Mißbrauch."

— Sechs Mitglieder der Redaktion des „Vorwärts" sind für Freitag als Zeugen in einer Disziplinarermittelungssache gegen Unbekannt vom Untersuchungsrichter geladen worden. Der „Vorwärts" bemerkt hierzu: Um welchen Fall es sich handelt, wissen wir nicht; die amtliche Zuschrift läßt sich darüber nicht aus, und wir können uns nur Vermutungen hingeben. Sollte es sich aber, was wohl anzunehmen, um irgend einen Beamten oder eine sonst der Behörde unterstehende Person handeln, so glauben wir den in dieser Sache interessierten Herrschaften schon jetzt sagen zu können, daß die aufgewandte Mühe umsonst ist. Denn das müßte ein schöner Esel sein, der sich in solchen Dingen der Redaktion zu erkennen gäbe. Schade also, daß sowohl der Untersuchungsrichter als auch wir um ein paar kostbare Stunden kommen, die wenigstens, so weit unsere Person in Frage steht, wahrlich besser verwendet werden können.

Vielleicht handelt es sich um die vorzeitige Publikation des Gnadenerlasses vom 18. Januar.

Sangerhausen. Pastor Kötzschke hatte im März 1895 in einem offenen Brief an den Freiherrn von Stumm die Kampfesweise desselben gegen die Christlich-Sozialen scharf kritisiert. Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, daß er durch Denunziation den Mann, der evangelische Arbeitervereine im Saargebiet zu gründen unternahm, um sein Brot zu bringen suche. In dem Schreiben waren auch die Wohlfahrtseinrichtungen Stumms abfällig besprochen. Herr Kötzschke behauptet, daß er bei seinem Aufenthalt in Neunkirchen von größeren Wohlfahrtseinrichtungen, etwa wie bei Krupp in Essen wenig bemerkt habe. Er habe nichts weiter als einige bescheidene Arbeiterwohnungen gesehen. Es heißt dann weiter: „In Neunkirchen beriet man neulich über eine neue Gemeindesteuer. Sie kommen selten in den Stadtrat, Herr Freiherr, diesmal aber waren sie da. Der Bürgermeister schlug eine Erhöhung des Wassergeldes um einige Pfennige pro Kilometer vor. Ihnen lag daran, diesen Vorschlag auf alle Fälle durchzudrücken. Das große Stummsche Werk hat nämlich einen Vertrag auf viele Jahre mit der Stadtverwaltung abgeschlossen, welche diese verpflichtet, dem Werke für einen bestimmten Preis das Wasser zu liefern. Der Vorschlag ging durch. Sie zahlen also von der neuen Steuer keinen Pfennig, da Ihnen der Preis vertragsmäßig nicht erhöht werden darf. Die Zeitungen brachten kein Wort von diesen Verhandlungen, wohl aber davon, daß Sie zur Zeit einen erheblichen Betrag zur Erneuerung der evangelischen Kirche beigesteuert haben." Auch das Verhalten des Freiherrn v. Stumm gegenüber dem Projekt einer Dampfstraßenbahn bis St. Johann wird in dem Schreiben besprochen. An einer andern Stelle kritisiert Pastor Kötzsche das ablehnende Verhalten des Frhrn. v. Stumm gegenüber den von den evangelischen Arbeitervereinen im Saargebiete geplanten Einrichtungen eines Auskunfts- und Rechtsbureaus. Schließlich wird über mangelnde Parität, über ungerechte Behandlung der Evangelischen im Königreich Stumm Klage geführt.

Frhr. v. Stumm fühlte sich durch diesen in der Form einer Broschüre erschienenen offenen Brief beleidigt und strengte die Beleidigungsklage gegen Pastor Kötzschke an. Dieser trat den Beweis der Wahrheit an, den er auch der Hauptsache nach zu führen vermochte. Trotzdem wurde er zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil hat er Berufung angemeldet.

Aus dem Auslande.

Spanien. Spaniens Finanzverhältnisse werden durch die ungeheuren Kosten des kubanischen Feldzuges immer trauriger. Die Bank von Spanien will der Regierung nochmals 50 Millionen vorstrecken, welche gleich den vorhergehenden Vorschüssen von 207 Millionen durch die kubanischen Bonds

garantiert würden. Die Bank hat jedoch der Regierung erklärt, die Regierung müßte nunmehr eine andere Garantie für einen weiteren Kredit finden. Die Regierung möge für die Zukunft an die Erschließung anderweitiger Hilfsquellen denken. Nach einer Mitteilung des „Journal des Debats" hat die Regierung seit März v. J. von der Bank von Spanien bereits 157½ Millionen entliehen. Die Gesamtkosten des Krieges belaufen sich bis jetzt nach einer Angabe des Premiers auf etwa 250 Millionen.

Der spanische Ministerrat beschäftigt sich daher mit der Schaffung eines Einfuhrzolles für Kuba. Mehrere Minister verlangen, daß diese Steuer sowohl auswärtige wie einheimische Produkte trifft. Auch eine besondere „Kriegssteuer für Kuba" ist vorgesehen.

Ostafrika. Die „Agenzia Stefani" meldet aus Adaga-Hamus: Der von General Baratieri an Ras Makonnen abgesandte Bote ist gestern gegen Abend zurückgekehrt. Ras Makonnen antwortete auf den Brief Baratieris mit der Beteuerung seiner und des Königs Menelik Treue bezüglich des zur Befreiung der Garnison von Makalle abgeschlossenen Vertrages. Alle Kundschafter bestätigen, daß Galliano Waffen, Kanonen und viele Materialien bei sich hat und daß alle Mannschaften sich in guter Verfassung befinden. Galliano hat sein Lager im Viereck aufgestellt, in dessen Mitte sich die Offiziere mit den Verwundeten, Kanonen und Materialien befinden. Galliano ist gemäß der Gewohnheit der Abessynier von dem Korps Ras Makonnens umgeben, infolge der Bürgschaft, welche dieser übernommen hat, damit Galliano nicht mit dem Korps seiner Häuptlinge in Berührung kommt. Das Lager der Schoaner befindet sich in der Nähe von Agula. Gestern, Sonntag, war ein Ruhetag. Heute sollten die Schoaner alle in der Richtung nach Haussen und die Kolonne des Oberstlieutenants Galliano in der Richtung nach Adaga-Hamus zu abmarschieren.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 30. Januar.

— **Volksfamilienabend.** Schon längst hat sich unter den Parteigenossen in Gadderbaum das Bedürfnis eines regeren Parteilebens fühlbar gemacht. Der Volksfamilienabend bei Wellmann wird diesem Zwecke allem Anschein nach sehr förderlich sein, denn die Beteiligung von Gadderbaum aus verspricht eine sehr rege zu werden. Ganz selbstverständlich ist es, daß die Bielefelder sie dabei nach Kräften unterstützen werden, um so mehr, da diesmal eine der Leistung zu Weihnachten mindestens ebenbürtige geboten werden wird. So ist denn begründete Hoffnung, daß der nächste Volksfamilienabend unter der Devise „Ausverkauft" stattfinden wird.

— **Kein Totschlag.** Die Nachricht von einem Totschlag ging uns gestern so spät zu, daß wir nicht mehr im stande waren, nähere Erkundigungen einzuziehen. Zu unserer Freude können wir heute mitteilen, daß der verwundete Zimmerer Maaß nicht gestorben ist. Die Verwundungen sind zwar schwer, haben sich aber nicht als tötlich erwiesen. Eine Verletzung am Leib hat überhaupt nicht stattgefunden. Gleichzeitig berichtigen wir unsere Notiz dahin, daß im Menkeschen Lokale, dank der Umsicht des Wirts, es nicht zur Schlägerei gekommen war.

Herford, 29. Jan. Die Volksversammlung, welche heute Abend in der Turnhalle bei Aecker tagte, beschäftigte sich mit den Schäden des Submissionswesens, wie dieselben bei den im Submissionswege vergebenen Tischlerarbeiten in der landwirtschaftlichen Gewerbeschule in Herford zu Tage getreten sind. Den Vortrag über das Submissionswesen hielt Redakteur Hoffmann aus Bielefeld. Der Redner erkannte das Submissionswesen als ein notwendiges Uebel an; freie Konkurrenz sei ja das Grundprinzip der kapitalistischen Gesellschaft, auch die Behörden müßten diesem Prinzip Rechnung tragen. Wie sich aber überhaupt in der freien Konkurrenz des Erwerbslebens der unlautere Wettbewerb geltend mache, so auch im Submissionswesen. Daher komme es, daß das billigste Angebot nicht immer das Vorteilhafteste sei. Denn bei diesem billigsten Angebot trete der unlautere Wettbewerb in doppelter Weise in die Erscheinung, erstens dadurch, daß er schlechte Arbeit liefere, zweitens aber, was mindestens eben so schlimm sei, dadurch, daß der billigste Unternehmer die Arbeitslöhne zu drücken bestrebt sei, um auf seine Kosten zu kommen. Beide Uebelstände hingen mit einander zusammen; denn der billigste wäre auch der schlechteste Arbeiter. Außerdem sollte aber ein jedes Gemeinwesen ein besonderes Interesse daran haben, daß auskömmliche Löhne gezahlt werden. Redner empfiehlt, daß in die Submissionsbedingungen ein dementsprechender Paragraph aufgenommen wird und schlägt weiter vor, daß man sich künftig die Auswahl unter den drei Mindestfordernden vorbehält.

Hierauf brachte Herr Wacker den speziellen Fall in der landwirtschaftlichen Gewerbeschule zur Sprache. Er erörterte eingehend, daß die Arbeiten (es handelt sich um die Fenster in der Parterre-Etage) ganz schlecht seien. Dementsprechend sei auch der Lohn, den der Meister zahle. Ferner stellte Herr Wacker fest, daß das Kapital, mit welchem der Meister sein Geschäft betreibe, ihm vom Architekten, der den Bau leite, Herrn König, vorgeschossen worden sei.

Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

In der heutigen öffentlichen Volksversammlung haben die Anwesenden nach den gemachten Ausführungen die Ansicht, daß über die zur Sprache gebrachten Arbeiten eine Untersuchung unerläßlich ist. Zur Richtigstellung dieser Behauptungen wurde eine Sechser-Kommission von Sachverständigen, bestehend aus den Herren Schmalhorst, Quest, Oberschachtsiek, Wacker, Kloß und Jahn, gewählt, welche das Ergebnis dem Herforder Magistrat und dem Kreisausschuß unterbreiten soll.

Herford, den 29. Januar 1896.

Wir werden selbstverständlich über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit unsere Leser auf dem Laufenden erhalten, um so mehr, da die bürgerlichen Herforder Zeitungen dafür nicht zu haben sind. Wo es sich um wirkliche Mißstände handelt, da muß immer die Sozialdemokratie helfend eingreifen.

Lemgo. Tot im Bette aufgefunden wurde heute Morgen der Bauschüler Sprenkamp, beim Maurermeister Schmitz am Freienhof wohnhaft. Der Unglückliche litt seit einigen Tagen an einem Geschwüre im Halse und wird wahrscheinlich daran erstickt sein.

Metelen, 28. Januar. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich hier gestern Mittag. Der Kolon Wensmann wollte mit seinem Wagen verschiedene Gegenstände zu der heute stattfindenden Hochzeit seines Sohnes herbeischaffen. Das Pferd, ein sehr wildes Tier, ging mit dem Wagen durch, Wensmann, der das Pferd am Zaum hielt, kam zu Fall und wurde von dem Tiere so unglücklich auf die Brust getreten, daß er schon nach einigen Stunden seinen Geist aufgab. (M. A.)

Dortmund. Eine am Sunderweg wohnende Frau machte ihrem Leben ein Ende, indem sie sich auf einem Bodenraum erhängte. Als Motiv zu dieser grausigen That wird angegeben, daß sie sich vor der Wiederkehr ihres Mannes fürchtete, welcher am 28. d. M. das Gefängnis, nach einem 2 Jahre 8 Monate langen Aufenthalte, verläßt. Derselbe verbüßte diese Strafe, weil er jemand gestochen hatte.

Vermischtes.

Der Hofopernsänger Cordes vom Hoftheater in Hannover wurde Dienstag Mittag durch zwei Kriminalbeamte unter dem Verdacht, Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben, verhaftet.

Infolge einer Explosion wurden nach einer Depesche aus Cardiff in einer Kohlengrube bei Tylorstown 80 Bergarbeiter verschüttet. Die Zahl der Umgekommenen ist noch unbekannt.

Vier Bote kurischer Fischer wurden kürzlich nach dem Auslaufen von einem Sturme überrascht. Drei der Bote retteten sich; das vierte geriet in Treibeis und wurde nach der livländischen Küste getrieben. Trotz aller Nachforschungen war das Bot nicht zu finden. Am dritten Tage erst traf es ein englischer Dampfer. Drei Fischer waren erfroren, der vierte wurde dem Tode nahe an Bord genommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld und Umgegend.
Sonnabend, 1. Februar, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in der **Central-Halle** am Kesselbrink.
Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. **Franz Lütgenau**-Dortmund. 2. Diskussion. 3. Verlesung der Restanten. 4. Entgegennahme von Anträgen.
Zahlreichen Besuch erwartet [209
Der Vorstand.

Oeffentl. Maurer-Versammlung
Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn **W. Fohrmann,** Webereistraße.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Lohnbewegung. Referent: Genosse **Schreck.** 2. Verschiedenes.
Sämtliche Maurer und Stuckateure von Bielefeld und Umgegend werden hierzu besonders eingeladen. [210
Der Einberufer.

Bünde.
Am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 5 Uhr,
findet im **Niemeyers** Saale eine [217
öffentliche Versammlung
der Bauhandwerker und Bauarbeiter
statt, wozu auch die Meister hierdurch eingeladen werden.
Zweck der Versammlung ist Einführung der 10stündigen Arbeitszeit.
Der Einberufer.

Geschäfts-Eröffnung.
Den Einwohnern von Bielefeld und Umgegend zur gefl. Nachricht daß ich mit dem heutigen Tage im Hause des Herrn **Fechtel** an der **Ulmenstrasse 9a** (neben der „goldenen Acht") eine 208
Tabak- u. Zigarren-Handlung
eröffnete. Ich ersuche freundlichst, hiervon Notz zu nehmen und bitte um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll
Carl Schreck,
9a Ulmenstrasse 9a.
Prima Kau- und Schnupftabak, Zigaretten 2c.

Frack-Verleih-Institut.
Tiefsinnig!
Tiefsinnig sein ist ohne Zweifel,
Ein Zustand, den man Keinem gönnt;
Tiefsinnig reden Hört man Leute,
Die man zuweilen geistreich nennt.
Vor Tiefsinn schützt in diesem Leben,
Nur innere Zufriedenheit.
Zufrieden aber macht schon manchen,
Ein elegantes **„Welthaus-Kleid".**
Und wer eins hat der wird bald sagen
Gottlob, daß ich so glücklich bin,
Und in den Worten liegt entschieden
Zufriedenheit und tiefer Sinn. 207
Jetzt im Inventur-Ausverkauf:

Herren-Paletots	von Mk.	**8,00**	an
Herren-Paletots Ia.	„ „	**13,00**	„
Herren-Pelerinen-Mäntel	„ „	**13,00**	„
Herren-Anzüge	„ „	**7,00**	„
Herren-Anzüge Ia.	„ „	**14 00**	„
Burschen-Paletots	„ „	**7,00**	„
Burschen-Pelerinen-Mäntel	„ „	**7,00**	„
Burschen-Anzüge	„ „	**5,00**	„
Knaben-Paletots	„ „	**2,75**	„
Knaben-Anzüge	„ „	**2,00**	„
Herren-Hosen	„ „	**1,50**	„
Herren-Joppen	„ „	**4,00**	„

Bauch-Anzüge, einzelne Westen, Joppen, Burschenhosen, Schlafröcke,
sowie sämtliche **Arbeiter-Garderobe** in großer Auswahl zu bisher unerreichbar billigen Preisen.
Elegante Anfertigung nach Mass
unter Garantie des guten Sitzens.
Erstes Welthaus
Koch & Co.,
Markt 8,
nur 1. Etage,
wegen Ersparnis der hohen Ladenmiete.
Einziges Geschäft am hies. Platze, welches zu solch billigen Preisen verkauft.
Wir bitten genau auf Firma und Hausnummer zu achten.
Feste Preise.

Vereins-Nachrichten.

Sozialdem. Verein für Bielefeld u. Umg. Sonnabend, d. 1. Febr., abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung in der Centralhalle.

Sektion der Feilenarbeiter, -Hauer u. verw. Berufsgen. Sonntag, den 2 Febr., morgens 10 Uhr, Versammlung bei Wellmann Gadderbaum.

Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigt. Personen. Sonntag, d. 2 Februar, vormittags 9½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Centralhalle.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh auf dem hiesigen Schlachthofe ist erloschen.

Bielefeld, 25. Jan. 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

Kautschuk-Stempel
liefert in jeder Größe und feinster Ausführung billigst die
Buchhandlung der ‚Volkswacht'.

Für einen Säugling wird eine **gesunde Mutter gesucht.** [201*
Näheres zu erfr. in der Exped. d. Z.

„Tivoli" Gadderbaum
Sonntag, den 2. Februar, 6 Uhr abends anfangend
Sozialdemokratischer
Familien-Abend
bestehend in [213
Vokal- u. Instrumental-Konzert
Vorträgen ernsten und heiteren Inhalts,
THEATER.
Zur Aufführung gelangt:
Eine Ordnungsstütze.
Charakterbild in einem Aufzuge.
Hierauf:
(Auf besonderen Wunsch wiederholt)
Der gerade Weg der beste.
Lustspiel in einem Aufzuge.
Entree à Person 20 Pfg. Programme sind vorher zu haben.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Arb.-Bild.-Verein.

Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 5 Uhr:
Karnevalistisches Tanzkränzchen.

Entree frei.
Narrenzeichen werden im Lokale ausgegeben.
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. 211
Der Vorstand.

Billigste, jedoch feste Preise! Streng reelle koulante Bedienung.

Gebr. Gottschalk

Niedernstraße 29. En gros. **Bielefeld.** En detail. Niedernstraße 29.

Lieferung ganzer Braut-Ausstattungen.

Großes Lager Herren- und Damenwäsche, Korsetts, Handschuhe, Schlipse etc.

Für Konfirmanden

empfehlen wir:

Farbige Kleiderstoffe

die neuesten, modernsten Genres, in überraschend großer Auswahl, außerordentlich billig, doppeltbreit, p. Meter 36, 45, 50, 60, 85, 105, 135 Pfg. und höher.

Schwarze Kleiderstoffe

Cachemir, Cheviot, Crepe, Crepon u. Mohair

nur beste, solideste Fabrikate, p. Meter 50, 60, 75, 90, 120, 150, 165, 200, 250 Pfg. und höher.

Unterröcke

in farbig und weiß, besonders schön, in enorm großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Grösste Auswahl

Bettmöbel, Bettbarchend, Hemdentuche, Leinen etc.

in unsern als solide und gut bewährten Qualitäten, zu bekannt billigsten Preisen.

Buxkin-Anzüge

9,50, 12, 16, 19, 20 Mark und höher.

Kammgarn- und Cheviot-Anzüge

solideste Stoffe, gut gearbeitet, 12, 15, 18, 24, 26, 30 Mark.

Anzüge nach Mass

fertigen wir in unserer eigenen Werkstatt an und übernehmen wir die weitgehendste Garantie für

Solidität und guten Sitz.

Grösstes Lager

in

Bettfedern und Daunen

beste, **doppeltgereinigte, staubfreie Ware,** zu unbedingt billigsten Preisen.

Gebr. Gottschalk.

215

Faltenhemden, Vorhemden, Kragen, Manschetten.

Darin sind wir groß.

Schwierige Sachen, — Spielend zu machen,
Lächerlich billig. — Liefern stets willig,
Was wir versprechen, — Führen nur Waren unfehlbare,
Sitzt stets famos, — Darin sind wir groß!
Streng reell macht. — Die **„goldene Acht"**
Für nicht viele Nickel, — Schneidige Artikel.
Winter und Lenz, — Ohne Konkurrenz.
Der Anderen Hantieren, — Das kann uns nicht rühren,
Wir lachen ja blos, — Darin sind wir groß.

Zu unglaublich billigen Preisen

Preiscourant:

Herren-Anzüge von	7½, 9, 11	M. an,
Herren-Anzüge Ia. von	14, 16, 20	„ „
Herren-Paletots von	6, 8, 10	„ „
Herren-Paletots Ia. von	12, 14, 20	„ „
Herren-Jacketts von	2, 4, 7, 8	„ „
Herren-Hosen von	1, 3, 5, 6	„ „
Burschen-Anzüge von	4, 6, 9, 10	„ „
Knaben-Anzüge von	1½, 2, 4, 5	„ „
Schlafröcke von	7, 9, 10, 12, 15	„ „

Grösste, billigste und reellste Einkaufsquelle Bielefelds. 214

„Goldene Acht"

Ulmenstr. 8, Reichshallen.

Einziges Geschäft am hiesigen Platze, welches zu solch' billigen Preisen verkauft.

Feste Preise.

Rechnungs-Formulare

liefert schnell und in sauberster Ausführung
Buchdruckerei „Volkswacht".

Einzige Bielefelder Schuhwaren-Fabrik mit Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen.

Grosser Ausverkauf.

Um unsere Läger in **Winter-Schuhwaren** möglichst zu räumen, verkaufen wir von heute ab alle

Winterschuhe und -Stiefel

mit **10 pCt. Rabatt.**

Durch unsere **eigene Fabrikation** ist es uns möglich,

20 bis 40 pCt.

billiger wie jede Konkurrenz zu verkaufen. Wir bitten daher im Interesse des Publikums **genau** auf die Firma 212

Bielefelder Schuhwaren-Fabrik

Steinrück & Kröger

Gehrenberg Nr. 4. — Niedernstrasse Nr. 26 (neben Kaisers Kaffee-Geschäft.)
Gadderbaum: Gütersloherstrasse Nr. 39a (im Hause des Herrn Büllner.)
achten zu wollen.

Einzige Bielefelder Schuhwaren-Fabrik mit Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen.

Restbestand in Damen-Konfektion zu jedem annehmbaren Preise.

Gebr. Gumpert

parterre und 1. Etage — Niedernstrasse 32 — parterre und 1. Etage.

Nur diese Woche

Ausverkauf ausrangierter Waren

aus **allen** Abteilungen unseres Warenlagers 216
zu noch **nicht** gekannt **billigen** Preisen.

NB. Ein Teil der ausrangierten Artikel sind in unsern Schaufenstern ausgelegt.

Besondere Gelegenheit für Wiederverkäufer.